Bundesbetriebe bilden weniger Lehrlinge aus

Post, Swisscom und Ruag Die SBB haben als einziger grosser Staatsbetrieb seit 2019 mehr Lehrstellen geschaffen. Nun schaltet sich das Parlament als Aufsichtsorgan ein und verlangt Antworten.

Jon Mettler

Für Tausende von Jugendlichen hat der Ernst des Lebens begonnen. Nach Ende ihrer obligatorischen Schulzeit haben sie ihren ersten Arbeitstag in der Berufslehre bestritten. Staatsnahe Firmen wie die Swisscom und die Post nutzen die Berufsbildung gerne für ihre Öffentlichkeitsarbeit. «Gemeinsam bereit, die Chancen der vernetzten Welt einfach zu nutzen: Auf diese Reise möchte Swisscom möglichst viele Nachwuchstalente mitnehmen», schreibt der grösste Schweizer Telecomanbieter in einer aktuellen Medienmitteilung.

Die Post lässt über ihren Medienblog verlauten: «In Gränichen im Kanton Aargau können Lernende ihre Lehre als Logistiker/in absolvieren und gleichzeitig während ihrer dreijährigen Grundbildung erste Erfahrungen und Kompetenzen in der Führung sammeln.»

Allerdings zeigt ein genauer Blick auf die Zahlen, dass die Swisscom, die Post und der Rüstungskonzern Ruag in den vergangenen fünf Jahren die Zahl der Ausbildungsplätze verringert haben. Einzige Ausnahme sind die SBB. Die Bundesbahnen bieten mehr Lehrstellen an als Ende 2019.

Kritik von den Gewerkschaften

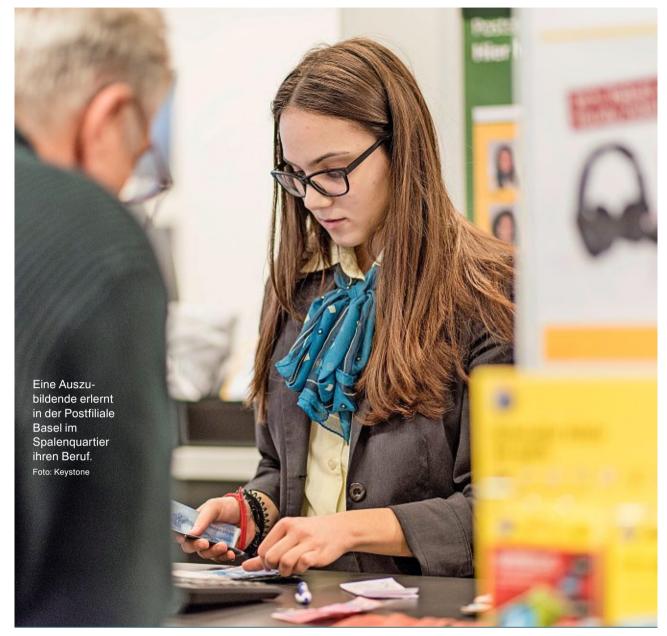
Den rückläufigen Trend betrachten Gewerkschafterinnen wie Marika Schaeren von Transfair mit Sorge, Staatsnahe Betriebe mehrheitlich im Besitz der Eidgenossenschaft hätten «eine besondere Verantwortung der Gesellschaft gegenüber und somit bei der Berufsausbildung», sagt die Branchenleiterin Informationstechnologie beim Personalverband für den Service public.

Die besondere Verantwortung sieht Schaeren darin, dass die Staatsbetriebe Fachkräfte im Informatikbereich ausbilden und zu den grössten Arbeitgebern des Landes zählen.

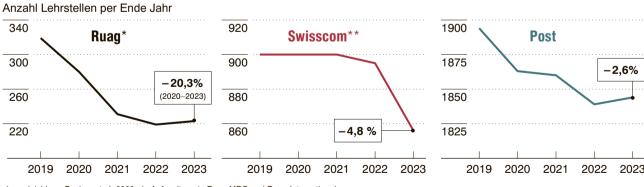
Mit ihren rund 34'600 Angestellten in der Schweiz bildet die Post knapp 3 Prozent weniger Lehrlinge aus als 2019. Das Unternehmen nennt dafür zwei Gründe: Einerseits sei es in gewissen Regionen schwieriger geworden, die Lehrstellen zu besetzen.

Andererseits befinde sich die Arbeitswelt im Wandel, was zu Veränderungen bei den Berufsprofilen führe. So gebe es eine Abnahme bei kaufmännischen Lehren, im Bereich Logistik gebe es dafür einen Anstieg.

Eine Postsprecherin verweist auf eine konstant hohe Ausbildungsquote: «Diese lag über die



Bundesbetriebe bauen Lehrstellen ab



- * vergleichbare Basis erst ab 2020, da Aufspaltung in Ruag MRO und Ruag International ** 2019–2021 keine konkreten Angaben; «ca. 900» oder «etwas mehr als 900» laut Swissc

Grafik: can, met / Quelle: Geschäftsberichte

letzten Jahre hinweg immer bei mindestens 5 Prozent.» Will heissen: Es befanden sich mindestens 5 Prozent des Personals in einer Lehre.

Bemerkenswert: Als ehemaliger Gewerkschafter setzte sich der amtierende Postpräsident Christian Levrat noch für die Lehrstelleninitiative ein. Die Vorlage verlangte, dass der Staat für genügend Ausbildungsplätze

sorgt. Sie wurde im Mai 2003 von Volk und Ständen abgelehnt.

Bei der Swisscom beträgt die Abnahme bei den Lehrstellen gegenüber 2019 knapp 5 Prozent. Transfair wertet das als Zeichen dafür, dass der Netzbetreiber sein Sparprogramm auf die Berufsbildung ausgeweitet hat. «Wir fordern deshalb, dass die Swisscom offenlegt, in welchen Geschäftsbereichen sie in den letzten Jahren Lehrstellen abgebaut hat», sagt Personalvertreterin Schaeren.

Der Netzbetreiber macht andere Gründe geltend: So wolle das Unternehmen seine Berufsausbildung effizienter gestalten, sagt eine Swisscom-Sprecherin. Vorgesehen sei, «das Verhältnis der Lernenden, die nach der Lehre bei uns eine Stelle finden, zu erhöhen». Das führe zu einer geringeren Anzahl von Lehrlingen. Schweizweit sei die Swisscom eine der grössten Ausbilderinnen in der Informationstechnologie und Kommunikation.

Den grössten Lehrstellenschwund gibt es bei der Ruag mit einem Rückgang von 30 Prozent in der Vergleichsperiode. Die Firma gibt an, dass Ruag 2020 in zwei separate Unternehmen entflechtet worden sei und die Angaben für 2019 deshalb schwer mit 2023 vergleichbar seien.

Die Tendenz beim Rüstungsteil der Ruag zeigt jedoch auch nach unten, wenn man 2020 als Ausgangsjahr nimmt. Das Minus beträgt in diesem Fall 20 Prozent.

Eine Ruag-Sprecherin hält fest, dass die Firma wieder mehr Lehrstellen anbietet: «Aktuell verzeichnen wir eine leichte Zunahme, da wir ab diesem Jahr einen zusätzlichen Ausbildungsberuf anbieten.» Der Anteil der Auszubildenden habe seit 2018 zugenommen: von 7,5 Lehrlingen pro 100 Angestellte auf 8,5 Lehrlinge im abgelaufenen Geschäftsjahr. Neue Lehrstellen geschaffen haben hingegen die SBB.

Die Zunahme beträgt knapp 6 Prozent. Es sei im eigenen Interesse des Unternehmens, Jahr für Jahr konstant mehr Lehrlinge auszubilden, teilen die Bundesbahnen mit. Nur so sei es möglich, in Zukunft Stellen zu besetzen. «Die berufliche Grundbildung ist für die SBB ein wichtiger Kanal, um diesen Nachwuchs zu sichern», fügt ein SBB-Sprecher hinzu. Wegen bevorstehender Pensionierungen und Fachkräftemangel müssten die SBB vorsorgen, um genügend Personal zu haben.

Swisscom muss in Bern antraben

Das Parlament als Aufsicht der Bundesbetriebe schaut bei der Lehrlingsausbildung genau hin, wie eine Umfrage bei Mitgliedern der zuständigen Kommissionen von National- und Ständerat ergibt.

Der übereinstimmende Tenor: Staatsnahe Firmen hätten eine besondere Vorbildfunktion. Doch seien alle Unternehmen dafür verantwortlich, ausreichend Lehrstellen anzubieten. Das gelte insbesondere für den IT-Bereich, wo mit einem zunehmenden Mangel an qualifizierten Arbeitskräften zu rechnen sei.

Der Zürcher Mitte-Nationalrat Philipp Kutter kündigt an, beim nächsten Treffen mit der Swisscom-Spitze das Thema Berufsbildung anzusprechen. Zwischen den Managements der Regiebetriebe und den Politikern findet ein regelmässiger Austausch auf institutioneller Ebene statt.

«Ich werde kritische Fragen zu den Gründen für den Abbau stellen und mich erkundigen, inwiefern die Swisscom wieder mehr Lehrstellen schaffen will», sagt Kutter.

Sein Wort hat Gewicht: Er ist Präsident der nationalrätlichen Kommission fürs Verkehrs- und Fernmeldewesen.